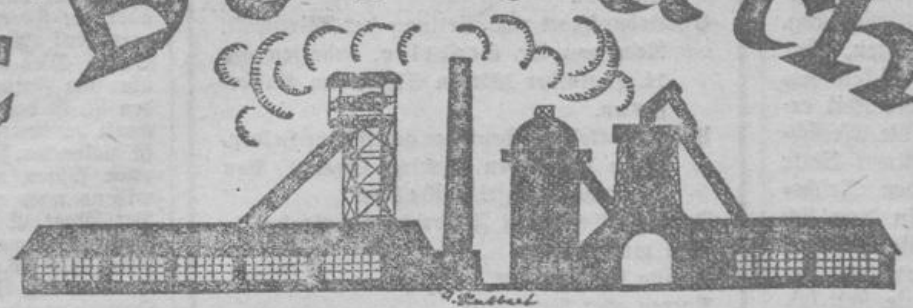
# Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

3. Jahrg. | Der „Beobachter" kostet vierteljährlich Mk. 4.50 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten, sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerei Obergraben 5/1. | Samstag, 24. Dezember 1921 | Anzeigen, die nur in beschränktem Umfange aufgenommen werden, finden im „Beobachter" weiteste Verbreitung. Die Kleinzeile kostet Mk. 0.50. bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß. | 52. Folge


# Weihnachten!

Ein Glänzen füllt und Klingen heut' mein Zimmer,
Das sonst die Arbeitslampe nur erhellt,
In meines Tannenbäumchens Kerzenschimmer
Ertrinkt, was meine Freude mir vergällt.
Die Glocken jubeln durch die Nacht und bringen
Vieltraute Grüße mir vom Sternenmeer.
Und blonde Buben hör' ich draußen singen:
„Vom Himmel hoch, da komm ich her . . "
Und wie ich stumm und staunend steh' inmitten
Des schlichten Friedens, der so köstlich doch,
Kommt meine Jugend auf mich zugeschritten,
Drückt mir die Hand und flüstert: „Weißt du's noch?"

Da grüßen alle meine Knabenträume
Mit blauen Märchenaugen unverwandt,
Da leuchten wieder all' die Weihnachtsbäume,
Die mir im Vaterhause einst gebrannt:
Was ich von allem, das ich einst besessen,
In meiner Seele Schrein mir aufbewahrt,
Die tausend Wunder, die mein Fuß durchmessen
In Glanz und Duft auf froher Wanderfahrt,
Was mir von lieben, lieben Menschenherzen
Daheim und in der Fremde je geschah —
Wetteifernd mit dem Glanz der Tannenkerzen,
In dieser Stunde ist es wieder da.

Heut' bin ich Kind. Heut' predigt einem Tauben
Wer mir von Tücke oder Bosheit spricht,
Da muß an Güte und an Sonne glauben,
Wenn Kerzenschimmer von den Zweigen bricht.
Ich kann verzeihend jenes nur gedenken,
Der irgend eines Frevels sich vermaß,
Wenn sich die Liebe will der Erde schenken,
Die ihrer immer wieder doch vergaß.
Und was an Bösem auch den deutschen Landen
Ersinnen mag der Feinde Haß und Macht —
Ich weiß: an deinen Wundern wird's zuschanden,
Du süße, heilige, lichterhellte Nacht!

Bruno Wunderlich.

## Des deutschen Volkes Weihnachten.

Von
Geh. Regierungsrat Oberschulrat Dr. **Runkel**, M. d. R.

Auch die Menschheit hat ihre Ewigkeitslinie und ihr Weg auf ihr ist die Entwickelung des Reiches Gottes auf Erden. Aber diese Entwickelung ist nicht immer gradlinig, der Ewigkeitslinie entsprechend; sehr häufig biegt sie von ihr ab und ihre Geschichte löst sich auf in die Geschichte menschlicher Meinung und Gegenmeinung, die mit der gottgewollten Menschheitsbestimmung nichts mehr gemein hat, und die widerhallt vom Kampf und Widerstreit. Sind die Gegensätze so groß und der Kampf so unversöhnlich, daß die von der Ewigkeit bestimmte Entwickelung der Menschheit gehemmt oder gar unterbunden wird, dann schickt die Gottheit den Menschen als Offenbarung neue, übergeordnete Ideen, die dem Tiefmenschlichen zwar wesensverwandt sind und doch aus dem Göttlichen entstammen, durch deren innere Kraft und Entwickelungsdrang die Menschheit sich wieder auf die gradlinige von Gott bestimmte Entwickelungslinie einstellt.

Weit abwegig ging die Menschheitsentwickelung vor 2000 Jahren. Ihre Ewigkeitsbestimmung war verlorengegangen, wo sie noch wirksam war, war sie im Gestrüpp der Dogmen und Lehrmeinungen verstrickt. vor allem war das gottgewollte Recht des Menschen auf Persönlichkeitswertung verkümmert. Daher der Kampf und der Gegensatz allüberall. Kampf der Völker unter sich, Kampf und Vergewaltigung im Innenleben der Völker. Politisch beherrschte Rom fast die gesamte damalige Welt. Der Machtgedanke war hier Antrieb und Auftrieb für jegliche menschliche Betätigung und die gesamte römische Kultur Machtkultur. Aber die Kraft, den unterjochten Völkern innere Werte für die Persönlichkeitsbildung und für ein auf solche Werte sich aufbauendes, allumfassendes Gemeinschaftsleben zu geben, besaß es nicht. Über die Verbürgung eines formalen Rechtes kam es nicht hinaus. Es ging darin auf, den Staatsgedanken auszuwerten, ja zu überspannen, insofern, als es die Träger desselben vergottete. In Rom den Kaiser und im Lande seine Stellvertreter, und göttliche Verehrung dieser Halbgötter von der Menge forderte. Indem es so den bodenständigen nationalen Gedanken der unterjochten Völker entwurzelte, nahm es diesen die innere Lebenskraft und jegliche Entwicklungsmöglichkeit.

Der durch den Personenkult aller Verbindlichkeit entkleideten Religion fehlte der Glaube und das Vertrauen der Menge, und wo sie äußerlich betätigt wurde oder werden mußte, fehlte die Gewalt innerer Verpflichtung. Sie war eine staatliche Einrichtung und nur Mittel zum Zweck, aber kein verpflichtendes Wertmaß mehr für Sittlichkeit und Recht. Um nun ihre Religion in ihrer nationalen Selbständigkeit, Reinheit und Wertigkeit zu sichern, brachten die unterjochten Nationen sie auf dogmatische und lehrhafte Formeln, die das kultisch-religiöse Leben zwar sicherten, aber eine als Sauerteig wirkende und religiöses Leben weckende geistige Kraft nicht mehr besaßen.

Erst recht mußte sich die Abwegigkeit auf sozialem Gebiete zeigen. Die Herrenmoral lebte sich aus unter den Völkern sowohl wie innerhalb der Völker selbst. Ein Volk vergewaltigte das andere und bei den Völkern selbst eine Schicht die andere. Die Herrschaftsansprüche gründeten sich aber nicht auf innere Menschenwerte, sondern auf Macht und höchstens auf die Beherrschung des religiösen Formenwesens. Der größere Teil der Menschheit war damit entrechtet und ver-



klavt, und Haß, Mißtrauen und Rachsucht erfüllte ihre Seelen. Das gottgewollte, gottebenbildliche Menschentum schien verloren.

Aber Gottes Wege sind nicht unsere Wege, hier wie so oft. Auf Zeiten kulturellen Tiefstandes und Verlorenseins folgen meist unmittelbar Höhenpunkte in der Menschheitsentwickelung. Mit kleinen und unscheinbaren Anfängen, aber unbegrenzter Auswirkungs- und Entwickelungsmöglichkeit. So war auch damals „die Zeit erfüllt" für solche Heilstat Gottes, und die Menschheit, wenn auch nur nach der negativen Seite hin, reif für die menschheitserlösenden Reichsgottesgedanken, die unser Heiland, in dem sich das Idealmenschliche mit dem Ewiggöttlichen zur Einheit der Gottessohnschaft verband, der Menschheit brachte, wodurch die gesamte Zeit seiner irdischen Wirksamkeit zu einer einzigen Weihnachtszeit für die gesamte Menschheit wurde, in der sie beschenkt wurde mit all den reichen Gaben des Heilandslebens und -wirkens, das zum Endzwecke die frohe Weihnachtsbotschaft hatte: „Und Friede auf Erden". Friede, nicht im pazifistischen Sinne unserer Friedensfreunde, sondern als Endziel einer rastlosen Arbeit an Person und Gesamtheit Friede nicht als Entsagen und Verzichten; sondern als sittliches Arbeitsprogramm: Arbeit an der eigenen Persönlichkeitsentwickelung, an der Herausbildung des idealen Preismenschen und Arbeit an unseren Mitmenschen zur Herstellung einer Gemeinschaft der Heiligen in sozialem Geiste. Das war die große Weihnachtsmission, die Jesus jedem Einzelnen brachte: Daß ein Mensch Gottes vollkommen sei, zu allen guten Werken geschickt. Welch hohe, heiligende Botschaft! Der Wert der Menschenseele ist nicht mehr gebunden an Reichtum, an Macht, an Lebensstellung, an Wohlgestalt, an Rechtgläubigkeit, an Arbeits- oder Dienstverhältnis, er ist allein eingestellt auf die Ewigkeitswerte, die in seiner tiefsten Brust schlummern und auf Entfaltung drängen, auf den Ewigkeitswillen in seiner Seele und auf seine Betätigung.

Auch heute wieder ist die Zeit erfüllt, nicht für eine neue Weihnachtsmission, sondern wiederum für die alte, noch unerfüllte Heilandsmission. Zunächst wieder negativ. Wieder dürstet die Einzelseele nach einer geistigen Weihnachtsgabe aus der Ewigkeitswelt, und mit ihr auch unser Volk Wir vermissen bei ihm gerade die Ewigkeitslinie und erleben seine Abwegigkeit und seine Einstellung auf Kampf und Widerstreit im politischen, sozialen und religiösen Leben. Wir fühlen die große, nationale Not unseres Volkes, die darin besteht, daß es von seiner hohen kulturellen Mission in geistig-sittlichem Sinne abgekommen ist. Wir erleben die soziale Unzulänglichkeit, die das große soziale Weihnachtsproblem wirtschaftlich lösen will, wobei doch nur Kampf und Obsiegen oder Unterliegen das Endresultat sein kann, während es nur geistig-sittlich gelöst werden kann. Wir erleben vor allem unseres Volkes religiöse Not, die in dem Abirren von dem Geistig-Ewigen besteht. Wahrlich, die Zeit des deutschen Volkes ist abermals erfüllt. So oder so. Erfüllt zum Untergang, weil keine Lebenskraft mehr vorhanden ist? Das meinen und lehren manche. Wir sagen nein und tausendmal nein! Noch lebt in ihm der Geist der Weihnachtsbotschaft. Er ist nur verdeckt, falsch eingestellt, aber innerlich noch stark, noch triebhaft und gestaltungskräftig als Erbe vieler seelisch gesunder Generationen. Noch ist der Goldschatz innerer deutscher Edelwerte nicht vertan, wenn auch die sittliche Valuta scheinbar trostlos versunken ist. Aber eins ist dabei not: Sich stellen unter die Verpflichtung der Weihnachtsmission: Verinnerlichung und Vergeistigung; nicht im okkultistischen Sinne, nicht im tagoristischen tatenlosen Insichversunkensein und Insichaufgehen, sondern im Sinne der Selbstsuchtbekämpfung und der Einstellung auf die

## Inhalt der Nummer:


Des deutschen Volkes Weihnachten. Von Geh. Regierungsrat Oberschulrat Dr. Runkel, M. d. R.

Staatsbankerott und Rettung der Wirtschaft. Rede von Dr. Stadtler, gehalten am 14. Dezember 1921 in Siegen im Kaisergarten.

Undankbarkeit des Deutschen gegen seine Helden. (Hetze gegen den Admiral Scheer.) Von Dr. Hans Siegfried Weber.

Aus dem Testament Friedrichs des Großen.

Eine tapfere Frau.

Beginn der Revision.

Narren oder Verbrecher.

Die hamburgische Jakobsleiter.

Den Finger drauf.

Aus der Partei.


seelischen Nöte unserer Mitmenschen, auf soziale Arbeit, die nicht fragt: Wer ist mein Nächster, sondern: Wem kann ich der Nächste sein. Und dieser Weihnachtsarbeit folgt dann auch der Weihnachtssegen: Friede in sich; Friede im Volk und dann die Erfüllung der Weihnachtsbotschaft: Auch Friede auf Erden.

## Staatsbankerott und Rettung der Wirtschaft.

Rede von Dr. Stadtler,

gehalten am 14. Dezember 1921 in Siegen im Kaisergarten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In der Politik ist es unbedingt erforderlich, die Sache über die Person zu stellen. Politik ist auch nicht ein Spiel oder Sport, sondern ein ernstes Ringen um Inhalte, und so wollen wir uns auch heute mit einem Thema beschäftigen, von dem Sie wohl die Vorstellung mitgebracht haben, daß es sich um ein finanztechnisches und finanzpolitisches Problem handelt, das aber viel weiter zu fassen ist. Der Bankerott geht viel weiter, er greift tief in das ganze Staatsleben ein. Es ist ein Zeichen der Zeit, das vor kurzem eine Schrift von Professor Bonn „Die Auflösung des modernen Staates" und von Professor Alfred Weber in Heidelberg „Die Auflösung des Staatsgedankens" erschienen ist, und in unseren Tagen haben Sie in den Zeitungen eine Rede des Reichskanzler vor dem Verein Berliner Presse gelesen, in der er gegenüber den Auflösungsbestrebungen, die sich in allen Teilen des Staates bemerkbar machen, darauf hinweist, daß die Zusammenfassung der produktiven Stände begrüßenswert und das Bestreben der Industrie, dem Staate zu helfen, anzuerkennen sei. Nun ist es aber bemerkenswert, daß der Versuch der Industrie aus dieser selbst entsprungen ist und abseits vom Staate sich vollzieht. So sehr diese Handlung an und für sich zu begrüßen ist, erkennen wir doch darin ein Ausdorren und Aushöhlen unseres Staates. Wir stehen hier vor einer Auflösung des seit der Revolution geschaffenen neuen Staates, und wenn wir die Frage eingehender untersuchen und uns als Volk mitten hineinstellen, so erhebt sich die bange Frage, was soll eigentlich werden, wenn der vor kurzem geschaffene neue Staat schon wieder seiner Auflösung entgegengeht. Um uns darüber Klarheit zu verschaffen, und tiefer in die ganzen Zusammenhänge einzudringen, ist es unbedingt notwendig, daß wir die Vorfrage stellen: Was ist eigentlich Staat? Jeder denkt dabei zunächst an die Verwaltung, die uns in unserem geistigen und wirtschaftlichen Leben vollständig ergreift, uns lenkt, also als Macht über uns schwebt, oder wir denken an bestimmte Apparate des Staates, Reichswehr und Polizei, hinter denen der Staat als Verwaltung steht. Jeder erlebt doch täglich den Staat, wie er sich ihn denkt, und in diesem Moment, wo wir eigentlich überzeugt sind, daß der Staat noch besteht, noch lebt und wirkt, werden Bücher geschrieben und hören wir Auslassungen des Reichskanzlers, die darauf hindeuten, daß dieser Staat in der Auflösung begriffen ist und vor der Gefahr steht, zu verfallen. Wäre der Staat gleich Verwaltung und nur Verwaltung, so könnte man wirklich heute nicht von seiner Auflösung reden. Er muß also in Wirklichkeit mehr sein als Verwaltung, muß mehr sein als all seine Apparate: Verwaltung, Reichswehr und Polizei, nur kommt uns dies nicht recht zum Bewußtsein, und wenn wir es in der Tiefe fühlen, dann erkennen wir gleichzeitig, daß zwischen diesen beiden Auffassungen eine große Kluft liegt. Wenn wir uns die Entwickelung unseres Staates seit der Revolution ansehen und dabei an Verwaltung, Polizei und Reichswehr denken, so haben wir eigentlich genug Staat bekommen, und dieser Staat hat darin feste Formen angenommen. Aber über der Form haben wir das Wesen des Staates vergessen! Wo der Schein vorwiegt, fehlt es an der Sache. Dies erleben wir an unserem Staat. Gegenüber der Form, die auf das stärkste ausgebaut worden ist, ist das Wesen des Staates bis auf den Nullpunkt heruntergesunken. Das Wesen des Staates aber ist zielhaftes Führen und Lenken eines Volkes, und zwar führen mit der Entschlossenheit des Kampfwillens nach außen und dem Ringen nach außen. Der Staat ist der Form nach eine scheinbare, formale Zusammenfassung von einigen Millionen Menschen, dem Wesen nach die geistige und seelische Lenkung des Volkes und die Selbstbehauptung dieses Organismus nach außen. Er ist im Wesen seelisches und willenmäßiges Lenken. Der Staat ist nur denkbar in der Behauptung des Lebenswillens des Organismus, dessen ganze Kraft im wesentlichen nach außen gekehrt werden muß. Betrachten wir unseren Staat, so finden wir, daß er der Panzer um unseren Volksorganismus ist. Wie ist er geworden? Um hier klar zu sehen müssen wir zurück zum Ausbruch der Revolution. In diesem entscheidenden Moment zerbrach der alte, der von Bismarck geschaffene Staat, dieser Staat, der wegen seiner Ichbehauptung den Weltkrieg geführt hat. Aber dieser Staat hat nicht durchgehalten, hat sich nicht behauptet und ist zerbrochen, weil die politischen Führer von sich aus das Ziel, Selbstbehauptung und Zusammenfassung aller Kräfte, nicht erkannt, und was noch schlimmer ist, nicht mit Einsetzung ihrer ganzen Kraft willenmäßig durchzusetzen verstanden haben. Die politischen Führer versagten, die Willensströme des deutschen Volkes wurden nicht zusammengefaßt, und so entstand ein ungeordneter Volksorganismus, der zusammenbrechen mußte. Schon vom Jahre 1916 machte sich der Mangel der Führung und Zielsetzung im Weltkrieg geltend. Das trifft sowohl den Kaiser als auch den Reichskanzler. Der Kaiser war kein schöpferischer, vorwärtsdrängender Mensch und kein zielhaft regierender Dynast. An seiner Seite stand ein Mann der dem Parlament und der Obersten Heeresleitung keinen einheitlichen Willen einimpfen konnte. Der Reichskanzler hatte keinen eigenen staatlichen Willen, sondern von seiner hohen Stelle aus versuchte er, alles aus der Masse des Volkes zu erlauschen und durchzuführen, statt führend einzugreifen und die Kräfte des Volkes einzugliedern in den großen Kampf der Selbstbehauptung des Staates. Aus dieser Einstellung erwuchs die Katastrophe. In dem Moment, wo diese Scheinführung versagte, hatte der Staat den Kopf verloren. Das Volk, der Organismus aber kämpfte weiter, denn man nahm an, daß man geführt werde. Oben aber war man ziellos, daher mußte der Staat, da das Wesen des Staates zielhafte Führung und Lenkung des Organismus ist, die Spannung unerträglich finden. Oben aber war keine überragende Führung, die die Gegensätze überbrückte und in einheitlicher Richtung — Selbstbehauptung des Staates nach außen — orientierte. So bildeten sich im deutschen Volke zwei Lager aus, auf der einen Seite die proletarischen entwurzelten Massen, und auf der anderen die führenden Schichten, zwischen denen sich eine starke soziologische gesellschaftliche Spannung herausbildete, die sich ohne eine Lösung in gegenseitigen Kämpfen austobte. „Politik des Durchhaltens" und „Politik des Friedens um jeden Preis" standen sich scharf gegenüber und rangen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Machtmitteln um die Oberhand. Der Ausbruch dieser Spannung war die Revolution, in der der Staat sofort auf Null herunterfiel. Durch die Revolution, die Entladung dieser Spannung, wurde eine neue Spannung sichtbar und trat der vorhererwähnten, die noch nicht restlos ausgeglichen war, an die Seite. Der Staat brach zusammen — Kaiser, Staatsform, Heer, Verwaltung — alles war plötzlich nicht mehr da, Führung war auch nicht da, und es blieb nur das Chaos. Bis zu welchem Punkt sank die Staatlichkeit herunter? Die breiten proletarischen Massen sammelten sich in der A.- und S.-Ratsbewegung, und der Wille dieser entwurzelten Massen tat sich kund und erklärte, jetzt sind wir Macht. Es ist ein Ausdruck des staatlichen Wollens. Darin offenbart sich das Verlangen nach Führung und Machtbehauptung. Das Bürgertum sah zuerst untätig zu. Wären zu jener Zeit in der A.- und S.-Ratsbewegung Kerle dagewesen, die gewußt hätten, was sie wollten und die entwurzelten Massen in diesem Sinne geführt hätten, Führerpersönlichkeiten, die das Ganze unter einen Willen hätten zwingen können, die gleichzeitig auch diesen Willen nach außen getragen hätten, zur Verteidigung der Revolution an der Grenze, dann hätten wir noch heute eine A.- und S.-Ratsregierung. Daraus wäre aber, wenn alle Kraft nach außen gelenkt worden wäre, eine Bewegung zur Verteidigung des

Staates an den Grenzen entstanden, und da das Bürgertum dieser Bewegung restlos gefolgt wäre, der neue Staat entstanden. Leider aber erzeugte die A.- und S.-Ratsbewegung keine Führung, sondern nur eine Scheinführung, die innerlich unfrei und äußerlich gebunden war, die sich nur als Beauftragter des Volkes fühlte und die immer nur nach unten horchte, um den tobenden Massen jeden Wunsch zu erfüllen. Was sich aber in den Arbeiter- und Soldatenräten breit machte, waren willenlose, innerlich unfreie und äußerlich gebundene Führer, die mit der Volksstimmung nichts anzufangen wußten. Die Führung selbst war erstaunt über die ungeheure Volkskraft, die noch in den Massen schlummerte und hatte Angst vor dieser Bewegung, die sie willenlos mitriß. Als sich aber der ungeführte Massenstrom anarchisch durchsetzte, regten sich in dem anderen Teil des Volkes Kräfte, die sich ihm entgegenstellten. Weil aber keine Führer da waren, erhob sich auch der Wille zum Staat auf der Seite des Bürgertums, das noch nicht degeneriert war, das noch Saft und Blut und Energie hatte. Es standen plötzlich junge Kräfte aus den bürgerlichen Kreisen auf und erklärten: Wir sind auch noch da, wir lassen uns nicht an die Wand quetschen, die Erde, auf der wir stehen, ist unser. Und diese Betonung der Macht, die in dem Heimatgefühl wurzelte, in dem Verwachsensein mit der Mutter Erde und sich mit dem Abwehrtrieb vereinigte, ließ eine neue Bürgertumsbewegung gegen den im Entstehen begriffenen bolschewistischen Staat aufkommen. Während in Rußland die revolutionäre Bewegung der entwurzelten proletarischen Massen, unter Leitung ihres Führers Lenin, die bürgerliche Bewegung zu Boden schlug und vernichtete, sahen wir, daß im deutschen Bürgertum noch Kräfte vorhanden waren, die dahin wirkten, daß diese bürgerliche Bewegung sich durchsetzte. Und so sehen wir in Deutschland zwei staatliche Willensbewegungen aufsteigen — die sich dann äußerten in der Bildung der roten und weißen Armee — von der jede erklärte, der Staat gehört uns. Trotz dieser Zersplitterung hatte der Feind in Ost und West noch mehr Respekt vor uns, als wir vor uns selbst. In dieser Situation fühlte man draußen, daß das ganze Volk, wenn auch zerrissen, noch stärker war, als wir selbst glaubten, die wir durch den Zusammenbruch der Dinge erschrocken und verschüchtert dastanden. Der Franzose, der nichts anderes als den Einmarsch in Deutschland und die Zertrümmerung des Reiches erstrebte, machte plötzlich Halt, wegen der großen Gefahr, die ihm drohte; denn es ist eine bekannte Tatsache, daß sich revolutionäre Bewegungen, also Kräfte und Spannungen, die einen Ausgleich suchen, plötzlich vereinigen und gegen den Eindringling wenden. (Kämpfe nach der großen französischen Revolution.) Auf der anderen Seite aber machte Lenin mit seinem Bolschewistenheere Halt vor dem Wall der Baltikumer, die entschlossen waren, ihre Heimat und ihr Vaterland vor den Eindringlingen zu schützen. Er hatte vor dem Willen zur Selbstbehauptung mehr Respekt, als wir ihn im Lande hatten. In diesem Augenblick, in dem diese beiden staatlichen Willenskundgebungen, denn das sind sie in der Tiefe, sich äußerten, bildete sich eine neue staatliche Ideologie, eine bestimmte staatliche Gedankenbildung heraus. Auf der einen Seite kämpfte man immer noch gegen den Kaiser, die Hohenzollern, die Staatsform und den Krieg; auf der anderen Seite forderte man Umbildung der Staatsform, in dem Glauben, daß man dem republikanischen Deutschland gewogen sei, daß man nur gegen die Hohenzollern, den Militärstaat gekämpft hatte. Man glaubte an den Wilsonfrieden, der dem Volke einen gerechten Frieden bringen und es auf den Weg des Glückes führen sollte. Daneben lebte der Glaube, daß der Parlamentarismus, auf Parteien aufgebaut, schon die geeignete Staatsform finden werde, da er ja eine staatsentwickelnde Kraft sei, und da dieser Glaube sehr groß war im deutschen Volke, so hoffte man, daß die beiden Bewegungen Revolution und Reaktion am besten durch die demokratisch-parlamentarische Staatsform zu meistern seien. Daraus entstand der neue demokratische Staat von Weimar, getragen von den vorhin gekennzeichneten Staatsbewegungen, der neue Staat, der sich festigte durch die neue Gewalt der Verwaltung, Reichswehr und Polizei. Aus dem, was durch die Demokratie und das Zentrum mit der neuen Einstellung aus dem alten wurde, mußten die Führer, wenn sie Staatsmänner gewesen wären, wissen, was zu schaffen sei. Dann hätten wir eine große staatliche Zusammenfassung der beiden widerstrebenden Kräfte bekommen. Dann mußten aber auch zwei Sachen kommen. 1. Der Staatsmann mußte spüren und fühlen, daß die Kräfte rechts und links standen und 2. mußte er sehen, daß der neue Staat nur ein Flickwerk von Paragraphen sei, allein entstanden aus dem Glauben an die Kraft des Parlamentarismus. Der Staatsmann mußte die Kräfte rechts und links zusammenfassen und mußte diese dann nach außen leiten. Er mußte den Abwehrkampf führen und den Selbstbehauptungswillen nach außen stärken und gleichzeitig die beiden tiefen Bewegungen zu einer Form zusammenfassen. Wenn damals ein Staatsmann und Führer des Volkes gekommen wäre, der auch nur mit einem Bruchteil an Bismarck herangereicht hätte und über alle äußeren Erscheinungen des Tages hinweggegangen wäre in die Tiefe des Volkslebens, wo es gärt und arbeitet und mit seiner ganzen Kraft lebt, und hätte die wirtschaftlichen und seelischen Kräfte in seine Hand bekommen und darüber hinaus die beiden gespaltenen Kräfte unter dem Außendruck der Feinde zusammengefaßt, und den inneren Kräften unter demselben Druck die Front nach außen gegeben, dann hätten wir heute einen anderen Staat. Der Mann, der damals die Macht gehabt hätte, dies zu tun, hat seine Aufgabe nicht erkannt. Seine Losung war, statt Kampf nach außen, Kampf nach innen, und zwar Kampf nach rechts und links, und statt nach der Tiefe des Volkes zu lauschen und in seiner eigenen schöpferischen Kraft das Volk zu führen, wußte er nichts Besseres, als den Massen und ihren Wünschen nachzulaufen und ihnen zu schmeicheln. Dabei stieß er auf den harten Widerstand der anderen Schichten. Er verkannte somit das Wesen des Staates, Kampf nach außen, Selbstbehauptung und Erhaltungswille, und predigte Kampf nach innen. So hat jener formale Staat von Weimar sich gleichsam auf den Kopf gestellt, indem er zu gleicher Zeit den Kampf gegen rechts und links führte. Daran ist der Staat zusammengebrochen, zerfallen und ist in das Auflösungsstadium hineingetrieben worden, in dem er sich heute befindet, weil er nicht Wille war und Ziel, sondern Form, leere Form, nichts als Form. Der neugeschaffene Staat, der Staat von Weimar, der Staat, den wir heute haben, war nur Form, und weil man das Wesen des Staates vollständig verkannte, da verfiel man auf den merkwürdigen Ausweg, die Verwaltung, die Bürokratie, bis zur Verrücktheit zu entwickeln. Der Staatsapparat nahm deshalb bei der weiteren Entwicklung einen ungeheuren Umfang an, eine Entwicklung, die heute noch nicht abgeschlossen ist. Gleichzeitig bildet er aber auch zwei Bürokratien aus, die Verwaltung und das Parteiwesen, er schuf das Reichsparlament, zwei Dutzend Landesparlamente zu seiner Stütze, und gewaltige parlamentarische Volksstaatsapparate, die dahinterstehen. Nun leben die Staatsmänner in dem Glauben, daß dadurch der Staat gerettet und umgebildet worden sei. Um all diese Einrichtungen, Apparate, Neuschöpfungen, Staatsbetriebe zu erhalten, brauchte der Staat Geld, viel Geld, und immer mehr Geld. Der Staat, der gar kein Staat mehr war, sondern Verwaltung, bei dem auf sieben Personen schon ein Beamter entfiel, kostete Geld und immermehr Geld, zu einer Zeit, als ihn die Forderungen der Feinde schwer bedrückten. Das 19. Jahrhundert, in dem diese Staatsentwicklung begann, der Krieg und die Revolution, die diese Seiten noch schneller und weiter entwickelt haben, haben dem Staat immer noch größere Lasten aufgelegt und die Entwicklung spitzte sich so zu, daß auf dem heutigen Staat der ganze Druck lastet und von Tag zu Tag stärker wird. Man erfüllte der Masse jeden Wunsch und Willen und glaubt damit die Masse zu führen und den Staat zu erhalten. Wenn wir uns alle Einrichtungen, die in dem Kriege, nach der Revolution und im heutigen Staat geschaffen worden sind, nüchtern betrachten und dann berücksichtigen, daß man in der äußeren Form, im Staatsapparat, das Wesentliche im Staat sah, und wenn man gleichzeitig das Chaotische im heutigen Staat sieht, kann man wohl ausrufen: Staat, so viel Staat und doch kein Staat, und dieser Staat noch bankerott!! Man fühlt es selbst und hört es jeden Tag, daß dieses bißchen Staat bankerott ist. Wir wissen es alle, es findet kein Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben statt. Die Verschuldung steigt wie eine rasende Flut und droht alles hinwegzuspülen und zu verschlingen. An dieser Verschuldung stirbt der Staat und zerbricht die Form, denn was wir heute sehen, ist nur Form, und die Regierung versucht mit einer Papierflut, die nur Morphium für die Wirtschaft und das Volk ist, uns zu betäuben. Wir sehen eine Papierflut aufsteigen, in der jeder zu versinken droht. Wo soll das hinaus? Das deutsche Vaterland ist keine Insel und das Volk kein Robinson. Wäre das der Fall, so wäre es dem deutschen Volke möglich, aus der Luft und dem Boden sein Leben zu fristen. In weiten Kreisen des deutschen Volkes erkennt man, daß wir tausendfach mit der Weltwirtschaft verknüpft, und der Staatsmann, der sein Volk führen will, muß das Ineinandergreifen der Weltkriegs- und Wirtschaftsproblematik erkennen. Obgleich wir wissen, daß es im deutschen Volke viele Michels gibt, sehen wir daß die Einsicht in die wirtschaftlichen Verhältnisse des deutschen Volkes wächst. Nun kommen aber die heutigen Staatsmänner und verweisen uns aus einer politischen Staatsideologie immer noch auf die Weltvernunft. Es gibt keine Politik, die aus Vernunft geboren wird, sondern sie wird geboren aus dem lebendigen Kampf der Lebensinteressen der Völker untereinander. Nur im deutschen Volke gibt es Michels, die an die Vernunft in der Politik glauben und dann hoffen, daß diese Vernunft die andern zwingen wird, uns unser Los zu erleichtern. Der Staatsmann im Ausland, der an die Lebensinteressen des deutschen Volkes denken würde und nicht an die seines eigenen Landes, würde ein Esel gescholten werden. Solche Esel gibt es nur im deutschen Volke. Man hofft auf das Entgegenkommen Englands und auf die Vernunft Frankreichs. Als ob es je einen fremdländischen Staatsmann gäbe, der die Aufgabe hätte, Deutschlands Interessen zu vertreten? Wo sehe ich den heutigen Staat stehen und wo spüre ich die Möglichkeit weiterer Entwicklung? Im deutschen Volke haben wir augenblicklich zwei große Spannungen, auf der einen Seite die Politik der Erfüllung und auf der anderen Seite die Politik der nationalen Selbstbehauptung und des Widerstandes. Dazwischen liegt die Kunst, zu kämpfen, Widerstand zu überwinden, die beiden Spannungen zu überbrücken, die beiden Willensströme zu vereinigen und diese neue Macht zu lenken. Politik ist doch die Kunst, zu kämpfen um den Willen des Volkes, bis dieser so gewachsen ist, daß die Sklavenleistungen gemildert werden; Politik treiben heißt jetzt, mit den Widerwärtigkeiten ringen, daß es einen Aufstieg gibt. Es ist wohl jedem klar, daß diese Entwicklung sich nicht plötzlich vollzieht, daß dieses Machtbewußtsein im Volke wieder langsam wachsen und so stark werden muß, daß diese Versklavung verschwindet, die Forderungen der Feinde gemildert werden und das deutsche Volk wieder Lebensmöglichkeiten vor sich sieht. Keine Vernunfteinsicht, sei es bei uns, sei es da draußen, wird uns bei diesen Schwierigkeiten helfen. Nur die Erkenntnis der Selbstbehauptung als Volk ist das Wesentlichste des Staates, und nur die Weckung des Widerstandes im ganzen deutschen Volke kann uns retten, das ist aber eine Kunst, und zwar eine schwere Kunst. Aber seit wann ist Kunst nicht schwer, und Politik ist eine Kunst. Was wir heute sehen, ist in Wahrheit Ziellosigkeit. Was wir bisher sahen, war keine Politik der Erfüllung, sondern der Nachgiebigkeit und des Sichgehenlassens. Tag und Nacht müßte der Staatsmann, der ein Volk führen will, mit dem scheinbar Unmöglichen ringen, damit es einen neuen Aufstieg gäbe. Wir haben diesen Willen noch nicht, sondern als Antwort nur, daß der Wille da draußen vernünftig werde; und doch wird aus Vernunft nichts zusammengesetzt, keine Ehe, keine Religion und keine Politik. Die heutige Politik ist nicht die Politik der Führung, sondern die Politik des Geschehenlassens, während draußen im Lande der wirtschaftliche Entwurzelungsprozeß, den der Krieg und die Revolution eingeleitet haben, unentwegt weitergeht. Immer weitere und größere Schichten, und je weiter dieser Prozeß fortschreitet, umso bessere Schichten, verfallen und versinken in diesem Chaos. In Berlin gibt es ganze Straßen, in denen kein Stein mehr dem deutschen Volke gehört. Noch und noch geht auch der Landbesitz dem deutschen Volke verloren. Die Überfremdung der deutschen Industrie droht die deutsche Wirtschaft und die deutsche Arbeiterschaft zu vernichten. Die entwurzelte Menschheit sucht, da der Selbsterhaltungstrieb der stärkste ist, sich aus diesem wirtschaftlichen und staatlichen Chaos zu retten, und so entsteht das Streben nach Geld, nach dem Dollar. In diesen Vorgängen steckt eine Kraft, steckt Blut und Leben des Volkes. Dieses „rette sich, wer kann", dieser Wille zur Selbstbehauptung führt und muß zum Zusammenbruch führen, zur Auflösung des Scheinstaates, der doch nichts anderes ist als der Verwaltungsapparat für unsere Feinde, der nur in Bewegung gesetzt wird, um die Forderungen der Feinde zu erfüllen. Der Staat selbst erkennt seine schwierige Lage und ist in einem Rettungsvorgang begriffen. Das Volk und die Wirtschaft wollen sich selbst retten, und zwar gegen den Willen der heutigen Staatsmänner. In dem Zustand der Auflösung, in dem sich der Scheinstaat befindet, denkt er nur an sich selbst und nicht an das Volk. Als entscheidender dritter Faktor kommt die Haltung der Entente dazu. Die Entente drängt in das innerlich hohle Deutschland hinein, mit der Waffe und mit der in diesen Völkern steckenden Energie der Selbstbehauptung. Sie will mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln ihre Forderungen durchsetzen, und so stehen wir heute vor der Tatsache, daß die Finanzhoheit des Staates restlos verloren geht, der Verwaltungsapparat in die Dienste der Entente gestellt werden wird und muß, um uns als Volk wirtschaftlich zu vernichten. Frankreich bereitet den Apparat vor, um uns wirtschaftlich unter seine Staatshoheit zu bringen. Die Kommissionen, die die Entwaffnung des deutschen Volkes und jede Widerstandsregung überwachen, schwelgen auf Kosten des deutschen Volkes und entziehen dadurch dem Volke seine wirtschaftliche Kraft. Jetzt aber werden wir feindliche Kommissionen erhalten, die das wirtschaftliche Deutschland überwachen. Jede Fabrik, jede Grube, jede Aktiengesellschaft, alle wirtschaftlichen Unter-

nehmungen, nur mit dem einen Ziel, dafür zu sorgen und alle Maßnahmen zu treffen, daß die Rente eingeht, die wir schuldig sind. Der Staat, wie er heute ist, hat darin keine andere Aufgabe mehr als den Feinden Hilfsstellung zu leisten mit seinem ganzen Apparat, der ihm zur Verfügung steht. Hoffnungslos scheint dieser Zustand und doch bleibt übrig ein Wille im ganzen deutschen Volke, der zur Entladung drängt. Die Gesinnung muß sich durchsetzen, daß unser Staat nicht das Instrument der Entente ist! Auch durch das Proletariat geht eine Bewegung, die saat, das ist doch unser Staat und man fühlt, daß dieser Staat nicht das Objekt der Entente werden darf, und weiter, daß diesem Staat die Führung aus der Hand gerutscht ist. Denken Sie nur an das Verhalten der Arbeiterschaft gegenüber der Vernichtung der Deutschen Werke. Was wir da sahen und erlebten, wird noch viel stärker werden, wenn die Entente unser ganzes Wirtschaftsleben ergreifen wird, um ohne Rücksicht alle Maßnahmen zu treffen, ihre Rente hereinzuholen. Dann wird ein Wille wach, der Wille der Selbstbehauptung, vielleicht noch nicht der Wille zur Staatsbehauptung. In der Gewerkschaftsbewegung wird der Wille der Selbstbehauptung lebendig werden gegen den Erpresserkapitalismus. In der industriellen Schicht, vor allem in ihren Führern, ist dieser Wille heute schon lebendig und wird von Tag zu Tag stärker. Aus dieser Selbstbehauptung der Unternehmer und dem Willen der Abwehr in den Gewerkschaften wird ein Bewußtstrom zu gemeinsamer Abwehr lebendig werden. Dann sehen wir wieder Staat werden, das Zusammenstehen in der Abwehr und die Selbstbehauptung, das ist Fühlen und Leben für den Staat. In der Landwirtschaft werden wir dieselben Ströme spüren, die Bauern werden es fühlen und werden erklären, diese Erde gehört uns und wehe dem, der sie uns nimmt. Wenn die Landwirtschaft, Unternehmer und Arbeiter Staat werden, wo bleibt dann der Geist des Staates, wo ist euer Wollen, was habt ihr bisher gezeigt, nichts als Geistlosigkeit. Ist es Zufall, daß wir heute schon diese Bewegung sehen? Denken Sie nur an das Zentrum, wie dort der Arbeiterführer Stegerwald die Führung hat. Ist es Zufall, daß der bayerische Bauernführer Dr. Hein sich vom Zentrum loslöste und die Bauern selbständig führt? Betrachten Sie die Deutsche Volkspartei und, um nur die beiden Stärksten davon zu nennen, Stinnes und Vögler, wie sie in der Partei sich für die Erhaltung der deutschen Wirtschaft gegenüber dem Vernichtungswillen unserer Feinde einsetzen. Das ist lebendiges, fließendes Leben. Noch stehen weite Kreise diesen Strömen verständnislos gegenüber und oben hat man Furcht, daß die Form zerbricht. Wenn der deutsche Arbeiter erst einmal sieht, wie alle paar Wochen Franzosen und Engländer die Fabriken und Gruben kontrollieren, wenn der Arbeitgeber das Wert seines Lebens bedroht sieht, dann wird sich aus der Empörung der gemeinsame Wille zum Staat tragisch erheben und Industrielle und Arbeiterschaft werden wirksam zusammenstehen — und das wird der Staat sein. Der Geist, der die alte Generation beherrscht, ist der Traum der früheren Zeit, der Vorkriegszeit, ein Kyffhäusertraum, der verständnislos der heutigen Zeit gegenübersteht. Die junge Generation aber ist aufgerüttelt in Trommelfeuer und harten Kämpfen und in ihr lebt ein Geist, der Neues schaffen will. Dieser Geist ist kein weicher Zukunftstraum, sondern Schöpferdrang. Er ist Wille, der Geist und Tat ist. Die junge Generation wird Deutschlands Erneuerung erzwingen. Dann wird sich die Entschlossenheit zeigen, wie sie draußen an der Front unsere Jugend gezeigt hat. Wenn wir in den Parteien Platz suchen, dann unterwerfen wir uns nicht, dann fühlen wir die eigene Kraft und werden eingreifen und umformen, weil der Geist stärker ist als die Form, und wir haben alle nur ein Wollen, alles zusammenzufassen. Deutschland wird der Staat der neuen Generation sein, oder wir werden nur ein Zerfallsblock werden. Glauben wir an Deutschlands Jugend, glauben wir auch ferner an die Jugendhaftigkeit des deutschen Volkes? Wir glauben, daß Deutschland jung, und daß das junge Deutschland das Deutschland der Zukunft sein wird!

(Starker, anhaltender Beifall.)

## Undankbarkeit des Deutschen gegen seine Helden.

(Hetze gegen den Admiral Scheer.)

Von Dr. **Hans Siegfried Weber.**

„Ehret die Großen!" Dieser Mahnruf ist im deutschen Volke gar oft verhallt. Die großen deutschen Helden, um die uns andere Völker beneiden, fanden in ihrem eignen Volke keine Achtung und Ehrung. Wie viele der Großen verdarben und starben, verlästert und verunglimpft von ihren Zeitgenossen, Otto von Bismarck mußte den Haß des deutschen Philistertums gegen alles Große am tiefsten erdulden. Er wurde abwechselnd von links wie von rechts umgeifert und geschmäht, Sozialdemokraten und Fortschrittler wetteiferten darin mit den Konservativen. Bekannt sind Bismarcks Worte über die Kreuzzeitungsbrut.

Dieselben hochkonservativen Kreise, die allein die Vaterlandsliebe gepachtet haben, führen heute gegen den Sieger vom Skagerrak, den Admiral Scheer, einen Kampf der Lüge und der Verleumdung. Müssen sie sich auch aus Feindesmund, von Engländern, erst sagen lassen, wie man einen Mann von der geschichtlichen Größe eines Scheer entgegentritt? Admiral Scheer hat die scheinbar unbesiegte Flotte Englands in offner Seeschlacht besiegt und damit der deutschen Marine für alle Zeiten ein Ruhmesdenkmal in der Geschichte gesetzt. Ein Alleswisser und Allesköpner, Kurt von Strantz, mehrmalig wegen Beleidigung vorbestraft, hat die Stirn, in seiner protzigen Zeitschrift „Die Krone" dem Admiral Scheer den Vorwurf der Feigheit bei Unterdrückung der im Jahre 1917 bei einzelnen Flottenteilen entstandenen Unruhen zu machen. Wie ist nun der Sachverhalt: Admiral Meurer hat als zuständiger Gerichtsherr die Aburteilung und Verfolgung der Verschwörer durchgeführt, auf seinen Vortrag hin hat der Admiral Scheer zwei verhangte Todesstrafen bestätigt, aber man war auch zu der Überzeugung gekommen, daß die Fäden des Planes zu einer allgemeinen Revolutionierung von Heer und Marine in das Parteizimmer der U. S. P. D. liefen. Umgehend verlangte das Flottenkommando vom Reichsmarineamt die Verfolgung der Urheber. Admiral Meurer schreibt in einer privaten Zuschrift u. a. über diese Vorgänge folgendes, das ich hier erstmalig wiedergeben möchte: „Nein, die Schwäche und Angst saßen ganz wo anders. Noch vor Vollstreckung der Todesstrafen kamen auf das dringende Ersuchen des Flottenchefs zwei Reichsgerichtsräte zu eingehenden Vernehmungen und zur Prüfung der Frage nach Wilhelmshaven, ob das vorliegende Material zur Erhebung der Anklage gegen die Reichstagsabgeordneten der U. S. P. D. ausreiche. Sie schieden mit der festen Überzeugung, daß die Anklage wegen Kriegsverrats mit Sicherheit durchgeführt werden könnte.

In Berlin wehte der Wind aber anders. Die Erhebung der Anklage wurde abgelehnt, die Immunität der Abgeordneten nicht aufgehoben. Mit gebundenen Händen mußte das Flottenkommando zusehen, wie die aufrührerische Stimmung in den Werkstätten der Kriegshäfen immer offener ihr Haupt erhob und ungehindert im Bewußtsein ihrer Unverletzlichkeit, trotz zähen Widerstandes allmählich einzelne Teile der Mannschaften immer mehr vergiftete. Wäre damals der Schlange das Haupt zertreten worden, es stände jetzt weiß Gott anders mit uns. Die Schuld trifft aber nicht den Admiral Scheer, sondern den damaligen Reichstag und die damalige Regierung.

Der Admiral Scheer hat sich auch damals nicht, wie jederzeit, gescheut, die höchste Verantwortung auf sich zu nehmen, und frei von Furcht und falscher Rücksichtnahme unter voller Einsetzung seiner Person so zu handeln, wie es ihm seine Treue zu Kaiser und Reich und sein ritterlicher Sinn vorschrieben. Wann aber wird endlich das deutsche Volk aufhören, seine verdientesten Leute aus dem Hinterhalt mit Schmutz zu bewerfen?"

So haben sich die Vorgänge damals nach der Zusicherung des zuständigen Gerichtsherrn der deutschen Flotte vollzogen. Jetzt sucht man alles heraus, um die politische Betätigung des Admirals Scheer als pazifistisch zu verdächtigen. Ein Mann, der so Großes im Kriege geleistet hat, soll Pazifist sein, und ein Herr von Strantz nebst einigen Konsorten, die die halbe Welt und noch ein paar Dörfer in der sicheren Hut des Schreibtisches eroberten, wollen Helden sein? Eine merkwürdige Verkehrung der Sachlage.

Admiral Scheer hat auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei offen und ehrlich bekannt, daß der Ruf nach dem starken Manne heute verfehlt ist. Man beschleudert ihn schon deswegen ganz rechts mit Schmutz, weil einige Größen sich für den starken Mann halten. Admiral Scheer hat zur Einigkeit und Volksgemeinschaft aufgerufen. Man beschimpft ihn daher, weil man von der Uneinigkeit lebt und den Kampf der sogenannten nationalen Partei gegen die nicht nationalen Parteien will, anstatt ehrlich an der Volksgemeinschaft mitzuarbeiten. So lebt sich der alte Geist der konservativen Hochburg heute gegen Scheer aus, wie er einst den „vaterlandslosen" Bismarck mit Verleumdung aller Art bekämpfte.

Wo sollen wir als Volk hinkommen, wenn das A und O unserer Parteipolitik die persönliche Verunglimpfung der deutschen Helden ist, bei denen einem das eine oder das andere nicht gefällt. Unseren großen Helden gegenüber geziemt es sich, doch wahrlich die Unterschiedlichkeiten im Nebensächlichen zu vergessen und das Große im Auge zu behalten, was uns mit ihnen eint. Es verlangt kein liberaler Mann blinde Verehrung, wohl aber die Anerkennung der schöpferischen Fähigkeiten unserer Helden. Ehrenpflicht jedes anständigen Menschen — mag er einer Partei angehören, welcher er will — muß es sein, die Stimme zu erheben, wenn Parteigeist und Gemeinheit ihr Wesen treiben. Heldenverehrung ist eine Vorbedingung zu unserer Wiedergeburt. Nur selbstlose Helden, nur Auserwählte bestimmen die Geschichte. Ein Volk, welches das Gefühl dafür verloren hat, wird unrettbar zu Grunde gehen.

## Aus dem Testament Friedrichs des Großen.

„Unser Leben ist ein flüchtiger Übergang von dem Augenblicke der Geburt zu dem des Todes. **Die Bestimmung des Menschen während dieses kurzen Zeitraums ist, für das Wohl der Gesellschaft, deren Mitglied er ist, zu arbeiten.** Seitdem ich zur Handhabung der öffentlichen Geschäfte gelangt bin, habe ich mich mit allen Kräften, welche die Natur mir verliehen hat, und nach Maßgabe meiner geringen Einsichten bestrebt, den Staat, welchen ich die Ehre gehabt habe zu regieren, glücklich und blühend zu machen. Ich habe Gesetze und Gerechtigkeit herrschend sein lassen; ich habe Ordnung und Pünktlichkeit in die Finanzen gebracht; ich habe in die Armee jene Manneszucht eingeführt, wodurch sie vor allen übrigen Truppen Europas den Vorrang erhalten hat." .....

Meine letzten Wünsche in dem Augenblicke, wo ich den letzten Hauch von mir geben werde, werden für die Glückseligkeit meines Reiches sein. Möchte es doch stets mit Gerechtigkeit, Weisheit und Nachdruck regiert werden, möchte es durch die Milde seiner Gesetze der glücklichste, möchte es in Rücksicht auf die Finanzen der am besten verwaltete, möchte es durch ein Heer, das nur nach Ehre und edlem Ruhme strebt, der am tapfersten verteidigte Staat sein; o, möchte es doch in höchster Blüte bis an das Ende der Zeit fortdauern!"

## Eine tapfere Frau.

Seit Beginn des Weltkrieges hat sich die Amerikanerin Ray Beveridge mit großer Unerschrockenheit und unter großen Opfern überall, namentlich in ihrer Heimat selbst, für Deutschland eingesetzt. Sie ist allen Verleumdungen des deutschen Heeres scharf entgegengetreten und hat sich namentlich um die Bekämpfung der „schwarzen Schmach" im besetzten Gebiet verdient gemacht. Zurzeit hält sie öffentliche Vorträge in Finnland, wo ihr Auftreten dem amerikanischen Gesandten sehr unbequem geworden ist. Er hat versucht, die finnische Regierung gegen Ray Beveridge, die sich vor kurzem mit einem Deutschen verheiratet hat, mobil zu machen und ihr sonst Hindernisse zu bereiten, aber vergebens. In

einer öffentlichen Erklärung im in Helsingfors erscheinenden Hufvudstadsbladet hat sie allen solchen Machenschaften die Spitze abgebrochen und ihre Gegner sofort zum Schweigen gebracht, worauf sie ihre Vortragsreise fortsetzen konnte. Die Erklärung lautet:

Aus Hufvudstadsbladet Nr. 328 vom 1. 12. 1921.

Einschreitung gegen Mss. Beveridge.

Eine Erklärung von der Vorträgerin.

Mss. Beveridge hat folgende Erklärung publiziert:

Um Mißverständnissen vorzubeugen, möchte ich mitteilen, daß ich, als sich die von dem Minister des Äußeren gesandte Persönlichkeit an mich wandte, sofort erklärt habe, daß ich meine Vorträge einstellen würde, wenn es verlangt würde, daß ich jedoch kein einziges Wort darin ändern würde, da ich nur die Wahrheit spreche. Ich bat dieselbe Persönlichkeit, vor meiner Abreise ins Innere des Landes mir mitzuteilen, ob ich die Vorträge einstellen solle. Da ich bis jetzt keine Antwort erhalten habe, werde ich selbstredend meine schon angemeldeten Vorträge halten.

Da der amerikanische Gesandte verlangte, ich solle nicht unter meinem Namen auftreten, sondern unter dem meines Gatten, eines Deutschen bei bemerkt, daß es auch in Amerika gebräuchlich ist, daß Frauen, die sich in Kunst, Politik Wissenschaft oder Literatur bekanntgemacht haben, in der Öffentlichkeit ihren Mädchennamen beibehalten. Außerdem ist in Deutschland behördlich anerkannt worden, daß ich meinen Mädchennamen weiterführen darf, welches Recht sogar auf meine etwaigen Kinder übergehen soll.

In meinem ersten Vortrage habe ich ausdrücklich hervorgehoben, daß ich mit einem Deutschen verheiratet sei. Und in meinem zweiten Vortrag habe ich erklärt, daß ich nicht die allgemeine Meinung Amerikas vertrete, sondern daß im Gegenteil es schwer ist, in Amerika für meine Anschauungen Gehör zu gewinnen.

Übrigens habe ich in meinem zweiten Vortrage in Helsingfors erklärt, daß ich — im Falle die französische oder irgend eine andere Regierung nachweisen könne, ich hätte etwas Unrichtiges gesagt —, gern bereit bin, mich freiwillig einem Gericht in London oder Paris zu stellen.

## Beginn der Revision.

Die formelle Note an die Reparationskommission, in der die deutsche Regierung sich außerstande erklärt, die Verpflichtungen einzuhalten, die sie durch Unterzeichnung des Londoner Ultimatums auf sich genommen hat, bringt an sich durchaus nichts Neues. Im Gegenteil, jeder einigermaßen verständige Durchschnittsmensch, nicht nur der sachverständige Volkswirtschaftler oder Berufspolitiker, hat sich seit langem sagen müssen, daß die bisher von der Entente betriebene Politik kein anderes Ergebnis haben konnte. Wer seine Augen und Ohren ein wenig offen hält, hat auch von allen Seiten eine Mehrung der Stimmen beobachtet, die in allen Ländern immer dringender und immer schärfer auf die Notwendigkeit hinwiesen, die ganze sogenannte Reparationspolitik von Grund auf zu ändern, weil man nur auf diese Weise aus dem Sumpfe herauszukommen vermag, in den der Wagen der europäischen Gesamtwirtschaft immer tiefer hineingerät.

In der deutschen Note wird Bezug genommen auf die Erklärung einer „maßgebenden englischen Stelle", unter der jedenfalls die Bank von England zu verstehen ist, da mit ihr der deutsche Reichsbankpräsident Havenstein im Auftrag der deutschen Regierung offiziell Verhandlungen gepflogen hat. Da heißt es, daß eine Anleihe in England unter der Herrschaft der Bedingungen, die zurzeit für die Zahlungsverpflichtungen der deutschen Regierung gegenüber der Reparationskommission während der nächsten Jahre maßgebend seien, nicht zu erlangen sei, weder in der Form der langfristigen Anleihe, noch eines kurzfristigen Bankkredits. Wenn diese Erklärung der „maßgebenden englischen Stelle" überhaupt etwas zu bedeuten hat, dann ist es die Erwägung nicht nur der Finanz- und Wirtschaftskreise Englands, sondern auch der politischen Führer, daß der Zeitpunkt gekommen sei, an eine grundlegende Änderung des zurzeit bestehenden unhaltbaren Standes der Dinge heranzugehen. Es werden ja auch schon eifrig Verhandlungen zwischen England und Frankreich geführt, die hoffentlich nicht im Sande verlaufen werden. Man darf auch weiter annehmen, daß England im Einvernehmen mit Amerika handelt und dadurch sowohl wie durch die weitere Tatsache, daß man die irische Frage für England als beseitigt betrachten darf, Frankreich gegenüber nunmehr sehr viel stärker dasteht, als bisher. Den moralischen Rückhalt, den es auf diese Weise erhält, wird es gegenüber den französischen Machtgelüsten voll auszunützen in der Lage sein.

Nun kommt es vor allen Dingen darauf an, nicht nur einigen wenigen Persönlichkeiten, sondern der ganzen zivilisierten Welt klar zu machen, daß jetzt der letzte entscheidende Augenblick gekommen ist, in dem ernsthaft und durchgreifend mit der Revision des Friedensvertrages von Versailles begonnen werden muß, wenn nicht die ganze Welt in Stücke gehen soll. Es muß vor allen Dingen überall dort, wo sie noch nicht vorhanden ist, der Öffentlichkeit die Erkenntnis eingehämmert werden, daß die Grundwurzel aller Übel der aus Haß geborene Friedensvertrag von Versailles und dessen Sproß, das Londoner Ultimatum, ist. Solange die ganz unmöglichen Bedingungen von Versailles und London wenigstens rechtlich im Kraft sind und als stete Drohung gegen Deutschland mißbraucht werden können, gibt es keine Ruhe und Stetigkeit, keinen Frieden und keine Versöhnung in der Welt. Hieraus ergibt sich, daß es sich jetzt nicht mehr um eine rein finanztechnische Frage handelt, ob Deutschland etwa imstande ist, zu einem bestimmten Zeitpunkt eine bestimmte Summe von Goldmilliarden auf den Tisch der Entente niederzulegen, sondern darum, daß die politischen und finanziellen Folgen der Dokumente von Versailles und London beseitigt werden, so weit sie sich als die wahren Hindernisse jedes Fortschritts erwiesen haben. Es gilt also auch für die deutsche Regierung, und für diese vor allen Dingen, Politik in großem Stil zu treiben, nicht sich auf rein finanztechnische Fragen zu beschränken. Dazu gehört eine Regierung, die es versteht, das Vertrauen aller maßgebenden politischen und wirtschaftlichen Kreise des deutschen Volkes und damit auch das Vertrauen der führenden politischen und wirtschaftlichen Männer anderer Länder zu gewinnen. Eine Regierung von Männern, die im Verlauf eines halben Jahres das Ultimatum von London unterzeichnet, die Entscheidung über Oberschlesien angenommen und jetzt die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands erklärt haben, wird sich schwerlich im Inland wie im Ausland dieses Vertrauens erfreuen. Das deutsche Volk steht in einem entscheidenden Augenblick seiner Geschichte. Noch einmal bietet sich die Aussicht, sich eine bessere Zukunft zu schaffen, wenn es politisches Verständnis zeigt, nicht gott- und schicksalsergeben die Hände in den Schoß legt, sondern die besten Männer, über die es verfügt, an die Spitze ruft, seinen Haushalt gründlich in Ordnung bringt und so die Revision des Friedensvertrages von Versailles in die Wege leitet. Wird das deutsche Volk und wird seine Vertretung, der Deutsche Reichstag, dieser Aufgabe gewachsen sein?

## Narren oder Verbrecher.

Daß die berühmte Rede Briands in Washington mit schweren Entstellungen und Verleumdungen Deutschlands im Gegensatz zu dem friedfertigen Frankreich bei der ersten Gelegenheit auch in der französischen Kammer ein entsprechendes Echo finden werde, ließ sich voraussehen. In dieser Beziehung herrscht eine Einmütigkeit unter den französischen Politikern, um die man unsern Feind im Westen nur beneiden kann. Alle Erwartungen in dieser Hinsicht sind jedoch übertroffen worden durch die Reden, die am Donnerstag bei Beratung des Etats des Kriegsministeriums gehalten worden sind.

Wie immer bei dieser Gelegenheit trat der Abgeordnete André Lefèvre als Wortführer der Gegner Deutschlands auf. Seine Ausführungen strotzten von angeblichen militärischen Kenntnissen, wozu er die Berechtigung von der Tatsache ableitet, daß er im parlamentarischen Leben Frankreichs als Rechtsanwalt von Beruf einmal eine kurze Zeit lang Kriegsminister gewesen ist. Was er über die deutschen Rüstungen einer staunenden Mitwelt vorerzählt, übersteigt jedes Maß. Anknüpfend an eine Stelle in der erwähnten Rede Briands behauptete Herr Lefèvre von neuem, Deutschland bereite die Mobilmachung von 7 Millionen Mann vor, welche Zahl sich übrigens in letzter Zeit wieder erhöht habe. Was für einen Streich dem Mann seine Phantasie gespielt hat, läßt sich u. a. daraus ersehen, daß er ein teils richtiges, teils abenteuerlich entstelltes und vermehrtes Verzeichnis aller seit der Revolution entstandenen, zum größten Teil längst aufgelösten oder eingegangenen Freikorps und Selbstschutzorganisationen vorlas, das allerdings stark nach der Zeit des 30jährigen Krieges schmeckte. Nur ist ihm dabei das kleine Mißverständnis unterlaufen, daß es sich damals mehr oder weniger um militärisch gegliederte Räuber- und Plündererbanden handelte, bei uns um Organisationen zum Schutz gegen Plünderer und gesetzlose Elemente. Natürlich hat die Reichswehr nur den Zweck, als Rahmen für Aufstellung von neuen Truppenverbänden bei der Mobilmachung zu dienen, und deswegen verlangt der sanfte Herr noch nachträglich die Zerstörung der deutschen Kasernenbauten. Selbstverständlich wird auch das alte Märchen wiederholt, daß die Aufmarschlinie eines deutschen Heeres gegen Frankreich hinter den Schwarzwald verlegt worden sei, wo die Eisenbahnlinien in der Richtung von Stuttgart nach der Schweizer Grenze verdoppelt worden seien. Daß für das Heer von 7 Millionen und mehr reichlich Waffen vorhanden seien, beweisen nach Lefèvre die Waffenfunde des Generals Nollet. Der frühere französische Kriegsminister weiß aber noch viel mehr. Außer der bekannten Albernheit von dem in riesigen Mengen hergestellten Jagdkarabiner, der in einer halben Stunde in ein Infanteriegewehr verwandelt werden könne, bringt er eine fürchterliche Enthüllung. Trotz allen Suchens habe General Nollet mit seinen sämtlichen Offizieren „die großen Kanonen Modell 77" noch nicht entdeckt. Leider ist uns Herr Lefèvre die Erklärung darüber schuldig geblieben, ob er damit große Kanonen nach einem Modell vom Jahre 1877 meint oder solche von einem Kaliber von 77 Zentimetern? Die berühmte „dicke Berta" besaß, wenn wir uns recht erinnern, ein Kaliber von 42 Zentimetern. Die schweren Geschütze, mit denen auf große Entfernung Paris beschossen wurde, hatten noch ein etwas größeres Kaliber, waren aber schon so riesengroß, daß die zum Schuß gehobenen Rohre große Bäume überragten. Wie man im heutigen Deutschland bei der dauernden Schnüffelei der Ententeoffiziere mit freundlicher Spitzelbeihilfe vaterlandsloser Lumpen aus dem kommunistischen Lager eine nennenswerte Anzahl solcher Riesendinger verheimlichen könnte, bleibt ein Rätsel, dessen Lösung sich Herr Lefèvre bisher leider erspart hat.

Am meisten angetan hat's ihm aber die neue Felddienstordnung für die Reichswehr, zu der General von Seeckt bekanntlich ein Vorwort geschrieben hat, in dem er darauf hinweist, daß auch ein kleines Heer bei seiner Ausbildung die Verhältnisse des großen Krieges zugrunde legen müsse, selbst wenn es die Mittel eines großen Heeres nicht besitze. Ein Sekundant des Herrn Lefèvre stand ihm mit dem Zwischenruf zur Seite: „Dieses Dokument sieht die Offensive vor! Das ist Ernst! Denken Sie an Bernhardi!" Dieser Zwischenruf hat natürlich in der französischen Kammer gewaltigen Eindruck gemacht, namentlich deswegen, weil ihn schwerlich jemand verstanden hat. Zwar ist es nicht ernst, sondern

lächerlich, aber dafür bleibt es zweifelhaft, was mit der Erwähnung des Namens Bernhardis beabsichtigt sein sollte, wenn man sich nicht daran erinnert, daß Treitschkes und Bernhardis Schriften besonders für die moralische Vorbereitung des Weltkrieges in Frankreich und England ausgeschlachtet worden sind.

Man könnte nun verhältnismäßig gleichgültig an diesen törichten, um nicht zu sagen kindischen Verdächtigungen Deutschlands vorübergehen, wenn die Lefèvresche Rede nicht noch ein Nachspiel gehabt hätte, die ihr ein sehr ernstes Gesicht verleiht. Der französische Kriegsminister Barthou gab nach der Rede Lefèvres die Erklärung ab, daß keine Tatsache, kein Dokument, die darin erwähnt seien, nicht von strengster Richtigkeit gewesen seien. In Abwesenheit des Ministerpräsidenten könne er, Barthou, hinzufügen, daß Herr Briand in Washington keine andere Sprache geführt habe, als Herr Lefèvre in Paris. Wenn man somit vielleicht geneigt wäre, Herrn Lefèvre als einen nicht ernst zu nehmenden Narren abzutun, so kann man nun nicht mehr umhin, die Hetzreden des französischen Ministerpräsidenten und seiner Kabinettskollegen als ein Verbrechen an der Menschheit zu erklären.

## Die hamburgische Jakobsleiter.

Wir lesen in den „Hamb. Nachr.":

Mensch, so du ein Hamburger und ein Beamter bist, werde Demokrat oder Sozialist!

Wir haben das amtliche Mitglieder-Verzeichnis der Bürgerschaft von heute mit den früheren verglichen und ganz eigene Beobachtungen gemacht. Wir haben eine Jakobsleiter entdeckt; und die führt, wie der Jesuitenorden mitten durch die römische Kirche, mitten durch „die beiden" Fraktionen. Es ist ersichtlich, daß man nur hier sein Bantje machen kann; und daß das angekündigte System von der Verankerung dogmengläubiger Bonzerei im Beamtentume längst in voller Übung steht.

Soweit wir in dem früheren Verzeichnisse von 1919 die heutigen Beamten der Bürgerschaft schon vorfinden (und vielleicht aus eigener Kenntnis noch einige hinzufügen können), finden wir, daß von den 27 hamburgischen Staatsbeamten, die jetzt in der sozialdemokratischen Fraktion sitzen, mindestens 20 die Jakobsleiter hinaufgefallen sind.

Hier das Verzeichnis:

| Vorher: | Jetzt: |
|---|---|
| Appelbaum, Bureauvorsteher, | Regierungsrat |
| Eisenbarth, Tischler, | Leiter d. L. Arbtmt. |
| Feser, Oberassistent (Schriftsetzer), | Bureauinsp. und Vorst. |
| Grosse, Arbeitersekretär (Tischler), | Senator |
| Gruenwaldt, Tapez.-Kassenleiter, | Senator |
| Hense, Maurer, Gewerksch.-Sekr., | Senator |
| Hoffmann, Schuster, Seem., Gastw. Exp., | Senator |
| Hüffmeier, Bauarb., Verb.-Angest., | Direktor |
| Krause, Hilfslehrer, Schriftleiter, | Senator |
| Lamp'l, Student, | Senator (Altona) |
| Neumann, Schriftleiter, | Sekr., Arbeiterrat |
| Roß, Volksschullehrer, | Volkshochschulleiter |
| Rusch, Maschinist, | Polizei-Hauptmann |
| Schädlich, Schneider, Gew.-Angest., | Staatsangestellter |
| Schult, Volksschullehrer, | Fortbild.-Schullehrer |
| Schumann, Volksschullehrer, | Senator |
| Stolten, Schlosser, Schriftleiter | Senator |
| Strübig, Schneider, Rechnungsführer, | Verwaltungsdirektor |
| H. Stubbe, Tischler, Kassenbeamter, | Senator |
| Wiesner, Tischler, Parteisekretär, | Bürgermeister. |

Die demokratische Fraktion zählt nur 23 Mitglieder. Immerhin sind folgende sechs Veränderungen in ihrem Bestande von zwölf Beamten zu verzeichnen:

| Vorher: | Jetzt: |
|---|---|
| Cohn, Kaufmann, | Senator |
| Hey, Zollbeamter, | Vortragender Rat |
| Chr. Koch, Gerichtsvollzieher, | Strafanstaltsdirektor |
| Dr. Matthäi, Ob.-L.-Gerichtsrat, | Senator |
| Dr. Nöldeke, Ob.-L.-Gerichtsrat, | Senator |
| Dr. Stubmann, Syndikus, | Senator |

(Dr. Petersen ist schon vorher Senator geworden.)

Nun aber die Rechtsparteien. Da brauchen wir keine Liste. Bei der Deutschen Volkspartei ist die einzige Veränderung, daß der frühere Senator D. Dr. Schröder außer Dienst ist, und daß von den Deutschnationalen der Regierungsrat Dr. Nagel ordnungsgemäß Oberregierungsrat geworden ist und nach langem Zögern endlich die Direktion seines Amtes hat übernehmen dürfen, weil man keinen anderen finden konnte.

Die Jakobsleiter ist ein schönes Ding. Aber es richtet sich nach gewissen Konjunkturen, ob man sie hinauf- oder herunterfällt.

## „Den Finger drauf".

### Theorie und Praxis.

Da war neulich — so lesen wir in der „Deutschen Handelswacht" — eine Kapitalistenfirma, bei der sich die Gehälter selbst für Verheiratete manchmal nur auf 78 ℳ wöchentlich beliefen! Diese Firma mußte die Betriebskosten vermindern. Man kündigte also 32 Angestellten, von denen ein Teil fünf Jahre und mehr im Betriebe war. Von diesen 32 war einer unverheiratet, 27 verheiratet und vier weibliche Angestellte. 58 andere Arbeitskräfte durften bleiben. Zu neun Zehnteln waren es junge Mädchen — Zufall natürlich. Es gibt aber doch Betriebsräte? Dieser jedoch hielt die Lösung für ausgezeichnet und meinte, daß sie keine besondere Härte bedeute. Es gibt aber auch Angestellte. Die gekündigten Angestellten waren anderer Ansicht als ihr Betriebsrat und wandten sich an den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, obwohl sie von der Kapitalistenfirma, die den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband nicht besonders schätzt, mit sanftem Zwange einem anderen, schmiegsameren Verbande zugeführt worden waren. Die Sache kam nun vor den Schlichtungsausschuß, und dieser war einstimmig der Ansicht, daß die Kündigungen unzulässig seien. Aber was kümmert sich ein „Kapitalist" um Schiedssprüche! Es gibt ja noch einen Demobilmachungskommissar; und der erklärte den Schiedsspruch nicht für verbindlich. So lagen die Gekündigten zunächst auf der Straße. Doch der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband erwirkte einen zweiten Schiedsspruch, demzufolge die Firma an zwölf entlassene Angestellte insgesamt 31 390 ℳ auszahlen sollte. Die Firma wand sich wie ein Regenwurm, aber es half ihr nun alles nichts mehr, sie mußte zahlen und zahlte. — Wer war die feine Firma? In der „Deutschen Handelswacht" steht es: Die Allgemeine Ortskrankenkasse in Leipzig, deren Vorstand sich aus Mehrheitssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten zusammensetzt! Der tüchtige Betriebsrat besteht aus führenden Mitgliedern des Zentralverbandes der Angestellten!

*

### Stinneslegende.

Die in der vorigen Nummer unter dieser Überschrift gebrachte Notiz, die wir einer sonst gut unterrichteten Korrespondenz entnahmen, trifft, wie wir inzwischen feststellen mußten, in einigen Punkten nicht zu.

Der deutschnationale Abgeordnete Hugenberg sitzt weder dem Aufsichtsrat der „Vera", noch der Telegraphen-Union vor. Vorsitzender der „Vera" ist der Volksparteiler Rechtsanwalt Weck-Charlottenburg, Vorsitzender der Telegraphen-Union der Legationsrat a. D. Dr. von Schwerin in Obersteinbach (Mittelfranken). Generaldirektor der Telegraphen-Union ist der Reichstagsabgeordnete Dr. Cremer, früher in Dortmund. Beide Institute haben untereinander überhaupt keinerlei Verbindung. Es ist auch nicht richtig, daß die Institute der rheinisch-westfälischen Großindustrie angehören; die Gesellschafter setzen sich vielmehr aus den verschiedensten Wirtschaftskreisen Deutschlands zusammen, neben der Industrie sind Handel, Landwirtschaft und Schiffahrt aus allen Teilen Deutschlands vertreten, so daß von einer einseitigen parteipolitischen Orientierung nicht die Rede sein kann. Schließlich beschränkt sich der Zeitungsbesitz des Herrn Hugo Stinnes auf die D. A. Z., der Kladderadatsch gehört ihm nicht.

Es verbleibt somit bei der von uns getroffenen Feststellung, daß das Märchen von der Stinnesierung der Presse ein solches ist und bleibt. Viel wesentlicher wäre es, wenn der wachsende Einfluß des Hauses Ullstein auf die deutsche Presse beachtet würde, das im Laufe des Jahres zu seinen Berliner Zeitungen allein in Leipzig nicht weniger als drei Zeitungen erworben hat!

Das müßige Geseire über die Stinnesierung der Presse verfolgt nur den Zweck, die Aufmerksamkeit der deutschen Leserwelt von dem unheimlichen Fortwuchern der frankophilen Presse abzulenken und dem deutschen Michel Sand in die Augen zu streuen.

*

### Das Finanzelend der deutschen Städte.

Der Dilettantismus der Erzbergerschen Steuergesetzgebung beginnt sich zuerst an den Städten zu rächen. Das Schlagwort von damals lautete: Einheitlichkeit des Steuersystems. Alle bisherigen Finanzhoheiten wurden aufgehoben. Das Reich wurde der einzige Steuererheber, und von seiner Tafel sollten die Länder und die Städte einen bestimmten Anteil erhalten. Hand in Hand mit der Einführung der Steuereinheit ging die völlige Umstellung der steuerbehördlichen Organisation. Es gab nur noch Reichssteuern und nur noch eine Steuererhebungsbehörde, die des Reiches. Die sicher vorauszusehende und auch vorausgesagte Folge war ein Versagen des ganzen Steuerapparates. Dabei hat es das Reich immer noch in der Hand, zuerst an sich zu denken, während die andern „Nutznießer" zusehen können, wo sie bleiben. Die rein sozialdemokratische sächsische Regierung hat kürzlich dargelegt, daß die Länder ihr eigenes Dasein nicht mehr bestreiten können. Jetzt kommen die deutschen Städte, die in einer gemeinsamen Sitzung des Deutschen Städtetages und des Reichsstädtebundes in Berlin versammelt waren, mit der Feststellung, daß den Städten die Barmittel für die ersten unaufschiebbaren Zahlungen fehlen. Sie verlangen Reichsvorschüsse, Sicherung der noch vorhandenen Einnahmequellen und eine gerechtere Teilung der Steuereinnahmen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Der Oberbürgermeister von Berlin bezeichnete die Lage als furchtbar ernst. Wenn der Notruf nur nicht zu spät kommt!

*

### Der Ruck nach rechts.

Über die städtische Wahl in Rostock liegen jetzt Ziffern vor, die das Ergebnis als besonders

interessant erscheinen lassen, weil sie deutlich zeigen, woher auch im Nordosten unseres Vaterlandes der Wind weht. Es hat einen ganz gewaltigen Ruck nach rechts gegeben. Die Sozialdemokraten haben rund 1000 Stimmen eingebüßt. Die Kommunisten erscheinen mit nur 5 Sitzen, die Unabhängigen sind überhaupt ganz von der Bildfläche verschwunden; bei der letzten Wahl hatten die Unabhängigen, von denen sich die Kommunisten erst später abspalteten, 7 Sitze. Unter den bürgerlichen Parteien ist der Untergang der Demokraten so gut wie besiegelt worden. Bei den ersten Wahlen nach der Revolution verfügten sie über 20 Mandate im Rostocker Stadtparlament, heute nur noch über zwei. Die Deutsche Volkspartei steht mit 15 Sitzen unter den Bürgerlichen an der Spitze, den ziffernmäßig stärksten Zuwachs hat die Deutschnationale Volkspartei zu verzeichnen, die über 9 Sitze verfügt. Leider hat sich auch in Rostock und Warnemünde die unselige Zersplitterung des Bürgertums in verhängnisvoller Weise geltend gemacht, indem eine Anzahl von Sondervereinigungen, wie Wirtschaftspartei, Hausbesitzerverein, Mieterverein und sogar „Warnemünder Bürgertum" mit eigenen Kandidatenlisten hervortraten. Tröstlich ist dabei nur, daß die Wirtschaftspartei, die auf ungefähr 10 Sitze gerechnet hatte, eine gewaltige Niederlage erlitten und es nur auf 2 Sitze gebracht hat. Im ganzen verfügen die bürgerlichen Parteien über eine sichere Mehrheit gegenüber den drei sozialistischen. Das ist ein weiteres Zeichen für die Gesundung unserer inneren Verhältnisse.

*

**Das Urteil eines Kenners über die Kommunisten.**

Die „Rote Fahne" veröffentlicht eine Artikelreihe von Karl Radek, dem „theoretischen Papst der Kommunisten"; darin stellt er seinen deutschen Freunden folgendes Zeugnis aus:

„Bisher haben viele Kommunisten es unter ihrer revolutionären Würde gehalten, „sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie die Bourgeoisie aus dem Dalles herauskommen soll". Vielerorts waren die Kommunisten der Meinung, es genüge, wenn wir bei dem Proletariat die natürliche menschliche Unlust zum Steuerzahlen stärken und uns mit rein negativen Lösungen begnügen. Die Berliner Linke hat ein scharfes Empfinden für agitatorische Notwendigkeiten ... Aber gleichzeitig ist diese Linke theoretisch außerordentlich konfus, und diese Konfusion hält sie für ein revolutionäres Gewissen."

Der „Vorwärts" (Nr. 565 vom 30. November) hebt dieses Urteil über die Brüder zur Linken durch Fettdruck hervor und bemerkt dazu: „Da Radek das sagt, wird es wohl so sein. Wir haben nichts hinzuzufügen". Der „Vorwärts" vergißt dabei nur, daß diese Geistesverfassung der radikalen Linken die Frucht der seit 50 Jahren betriebenen sozialdemokratischen „Aufklärungsarbeit" ist.

*

**Demokratische Gesinnungstüchtigkeit.**

Die Demokratische Landespartei von Bayern hat einen sehr merkwürdigen Beschluß gefaßt; er lautet dahin, „daß die Landespartei von Bayern entschlossen auf dem Boden der freistaatlichen Verfassung des Reiches und Bayerns stehe, ohne hierbei ihre einzelnen Mitglieder an das Bekenntnis der republikanischen Staatsform zu binden"

Der Beschluß ist sehr erklärlich angesichts des ungeheuren Stimmenschwundes, unter dem die Demokratische Partei allenthalben leidet, und angesichts des Erstarkens des monarchischen Gedankens besonders auch in Bayern. Und es ist sogar echt demokratisch, im parteipolitischen Sinne, daß man ihn gefaßt hat. Denn die Demokratische Partei lebt ja nur noch davon, daß sie mit allen Kälbern zu pflügen, mit allen Mitteln der Agitation noch einige Stimmen zusammenzuhalten sucht. Nur einen Fehler hat der Beschluß: er ist positiv unmöglich, denn die Verfassung, an der die Demokratische Landespartei in Bayern festhält und sogar „entschlossen" festhält, enthält leider das Bekenntnis zur republikanischen Staatsform! Wer also nicht für diese eintritt kann sonach die Grundbedingung zur Zugehörigkeit zur Partei nicht erfüllen. Wenn man das auch nur in dem Augenblick, als man den Beschluß faßte, angenommen hat, dann hat man damit verraten, welche geradezu unglaubliche Gesinnungstüchtigkeit in der Demokratie Platz gegriffen hat.

## Aus der Partei.

Im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags setzt man sich zurzeit auseinander über die grundsätzliche Frage, ob die Angestelltenversicherung beizubehalten und weiter auszubauen sei, oder ob sie mit der Invalidenversicherung verschmolzen werden soll. Die Abgeordneten Moldenhauer und Thiel (D. V. P.) traten den sozialistischen Abgeordneten, die noch nicht von ihren Verschmelzungsplänen lassen wollen, wirksam entgegen. Die beiden Redner wiesen dabei insbesondere die Haltlosigkeit der sozialistischen Angriffe gegen den Grundgedanken einer selbständigen Angestelltenversicherung nach, während sie hinsichtlich der mit der Durchführung der Versicherung betrauten Behörde manche Verbesserungsvorschläge befürworten. Abg. Thiel wies mit erfrischender Deutlichkeit auf die politischen Beweggründe hin, die allein die Stellungnahme der Sozialdemokraten erklärlich machten. Auch die übrigen bürgerlichen Parteien ließen erkennen, daß die sozialistischen Verschmelzungspläne nicht ihre Billigung finden. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns stellte in Aussicht, daß das Reichsarbeitsministerium sich entschieden an die Arbeit heranmachen würde, sobald die grundlegende Frage im Ausschuß geklärt sein würde. Das von den Sozialisten beantragte Material, mit dem die Genossen die Richtigkeit ihrer Forderung beweisen wollten, hat sich als für diesen Zweck völlig ungeeignet erwiesen. Es spricht vielmehr für die von der Deutschen Volkspartei vertretene Auffassung, daß ohne Schädigung der Angestelltenineressen eine Verschmelzung mit der Invalidenversicherung unmöglich, eine baldige Anpassung der Angestelltenversicherung an die heutigen Geldverhältnisse sowie ein zeitgemäßer Ausbau der Angestelltenversicherung zwecks Beseitigung des bürokratischen Verwaltungssystems und der hohen Verwaltungskosten notwendig ist.

**Weidenau.**

Im neuen Jahre werden auch in der Ortsgruppe Weidenau die politischen Abende aufgenommen. Nähere Mitteilungen erfolgen in der nächsten Nummer.

*

**Dahlbruch.**

Am Dienstag, dem 10. Januar, findet eine politische Aussprache in der Gastwirtschaft Koch, abends 7½ Uhr, statt. Thema: „Die Mehrheitssozialdemokratie".

*

**Betzdorf.**

Am 15. d. M. sprach Herr Dr. Stadtler, Berlin, in einer sehr gut besuchten Versammlung über das Thema „Staatsbankerott und Rettung der Wirtschaft". Das Einverständnis mit den Stadtler'schen Gedankengängen war restlos, so daß keine Debatte stattfand. — Der nächste politische Abend findet Montag, den 9. Januar, im Breidenbacher Hof statt. Thema: „Die Deutschdemokratische Partei".

*

**Daaden.**

Anfang Januar finden in verschiedenen Ortschaften des Daadener Bezirks Mitgliederversammlungen statt. Tag und Stunde in der nächsten Nummer.

*

**Hamm a. d. Sieg.**

Voraussichtlich findet am 6. Januar, abends 8 Uhr, im Saale des Herrn F. Jünger in Hamm eine öffentliche Versammlung statt, in der der Spitzenkandidat der Deutschen Volkspartei, Herr Landtagsabgeordneter Landgerichtsdirektor Eichhoff aus Düsseldorf, sprechen wird, worauf wir unsere Mitglieder und Freunde schon jetzt aufmerksam machen und bitten, für diese Versammlung zu werben. Näheres wird noch bekanntgegeben durch die Zeitungen und Anschlagzettel.

*

**Wittgenstein.**

Wir machen die Ortsgruppen des Kreises darauf aufmerksam, daß im Monat Januar Mitglieder- und öffentliche Versammlungen stattfinden werden und bitten die Vorsitzenden, sich dieserhalb an die Geschäftsstelle zu wenden.

## Aus der Geschäftsstelle.

Wir bitten die Vorsitzenden der Ortsgruppe, noch vor Schluß dieses Jahres die fälligen Jahresbeiträge auf unser Konto: **„Kreisverein der Deutschen Volkspartei"** bei der **Siegener Bank** in Siegen oder auf unser **Postscheckkonto Köln 96 458** einzuzahlen.

## Beobachter.

Trotz der hohen Unkosten, unter denen alle Zeitungen und Wochenschriften leiden und in ihrer Existenz bedroht sind, soll das Bezugsgeld von vierteljährlich 4,50 ℳ oder jährlich 18 ℳ **nicht** erhöht werden. Wir können dieses niedrige Bezugsgeld aber nur dann beibehalten, wenn die Zahl der Abonnenten stark **erhöht** wird. Wir bitten daher unsere Freunde, in ihren Kreisen für den Beobachter zu werben. Es muß doch eine Ehrenpflicht jedes Volksparteilers sein, seine Presse zu lesen und zu unterstützen. **Hier kann noch sehr viel wirklich fruchtbare Kleinarbeit geleistet werden.** Nur so ist es aber auch möglich, in den weitesten Kreisen für die Gedanken unserer Partei zu werben und weitere Mitglieder zu gewinnen.

**Jeder Parteifreund bestelle den Beobachter sofort bei der Post!**
**Jeder Parteifreund werbe für den Beobachter in seinem Kreise!**

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich G Steinhaus (Fernruf 472). Gedruckt bei W Vorländer, Obergraben 5/1, sämtlich in Siegen.

## Wandkalender der D. V. P. für 1922.

Format etwa 19×24 cm. Neuzeitlicher, vierfarbiger Druck auf weißem Karton.
Preis 60 Pfg.

**Die Vorderseite versinnbildet den Segen deutscher Arbeit (Landwirtschaft, Handel, Gewerbe und Industrie). Das Bild der Rückseite weist darauf hin, wie einst unter dem Schutz der deutschen Wehrmacht die deutsche Kultur, Kunst und Wissenschaft blühten.**

Zu beziehen durch die

**Geschäftsstelle der D. V. P., Siegen, Brüderweg 1.**

---

## „Der Beobachter"

**ist in**

| | |
|---|---|
| **Siegen** | Montanus, Filiale Kölner Tor 2 |
| **Siegen** | Bahnhofsbuchhandlung Montanus |
| **Kreuztal** | Bahnhofsbuchhandlung Montanus |
| **Erndtebrück** | Bahnhofsbuchhandlung Montanus |
| **Altena i. W.** | Bahnhofsbuchhandlung Montanus |
| **Letmathe** | Bahnhofsbuchhandlung Montanus |
| **Neheim-Hüsten** | Bahnhofsbuchhandlung Montanus |
| **Finnentrop** | Bahnhofsbuchhandlung Montanus |

**käuflich zu haben.**

Wir bitten unsere Leser, bei Reisen von dieser Gelegenheit Gebrauch zu machen. **Preis 30 Pfennig.**

---

## Installationsgeschäft.

**Neuanlagen, Reparaturen** u. **Verlegung von Zentralheizungen** aller Systeme, **Verlegen von Rohrleitungen** an **Gas-, Wasser-, Dampf-** und **sanitären Anlagen** werden ausgeführt.

**Otto Link,** Siegen (Westf.),
**Frankfurter Straße 23.**

---

**Ausschneiden! Ausfüllen!**
**Portofrei an die Post senden!**

**Hiermit bestelle ich zum vierteljährlichen Bezugspreise von**

**Mark 4.50**

**einschließlich Postgebühren die Wochenschrift**

**„Der Beobachter"**
**(Erscheinungsort Siegen.)**

Name _____

Wohnort _____ Straße _____

---

**In 40 Minuten verladefähig** sind die mit meinem

## Universal-Eisenlack

— — — gestrichenen Materialien. — — —

**Selbst bei der größten Inanspruchnahme ist ein Brechen u. Reißen dieses Lackes vollständig ausgeschlossen.**

Preis: Im Faß Mark 6.—, in Kannen (nicht unter 25 kg) Mark 6.40 per kg ab hier ausschließlich Verpackung.

**Wennemar Gatermann, Lack- und Kittfabrik, Eiserfeld (Sieg).**

---

## Holzverkauf.

Im Distrikt **Junger Wald** des Interessentenwaldes **Oberdreisbach** sollen verkauft werden:

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| **2** | **Fichtenstämme** | I. Klasse | mit 4,15 Fstm. | |
| **35** | „ | II. „ | „ 45,62 | „ |
| **71** | „ | III. „ | „ 51,11 | „ |
| **105** | „ | IV. „ | „ 32,66 | „ |

Das Holz liegt bei günstiger Abfuhrgelegenheit an der Straße Oberdreisbach—Daaden. Mit der Abfuhr kann sofort nach Genehmigung des Verkaufes begonnen werden.

Schriftliche Angebote, mit der Aufschrift „Fichten" versehen, sind bis zum **31. d. Mts.** an den Unterzeichneten einzureichen. Die Öffnung derselben erfolgt am **2. Januar k. Js.,** nachmittags 2 Uhr, unter Beisein etwa erschienener Bieter.

Genehmigung bleibt vorbehalten. †760

Verkaufsbedingungen können bei dem Unterzeichneten eingesehen oder gegen Einsendung von M. 2.— bezogen werden.

Oberdreisbach, den 19. Dezember 1921.

**Reinhard Meier,** Waldvorsteher.

---

## Nutzholz-verkauf.

Aus der Fürstlich Hatzfeldt-Wildenburg'schen Oberförsterei Crottorf-Rheinland (unbesetztes Gebiet) gelangen am **Donnerstag, dem 26. Januar 1922** im Wege des schriftlichen Angebots nach bereits erfolgtem Einschlag in mehreren Losen zum Verkauf:

**5500 Fstm. Fichtenstammholz aller Klassen.**

Zur Verladung des Holzes kommen die Bahnstationen Morsbach (Krs. Waldbröl), Rothemühle-Wildenburg, Wildbergerhütte und Freudenberg in Betracht. †895

Nähere, durch die von der Oberförsterei erhältlichen Lose-Verzeichnisse und Verkaufsbedingungen.

Der Oberförster
**Bieth.**

---

Wir suchen für unsere **Blechverarbeitungswerkstätten** tüchtige (†112

## Autogen-Schweißer, Klempner, Fach- u. Hilfsarbeiter

zum sofortigen Eintritt.

**Aktiengesellschaft Charlottenhütte,**
Abteilung Eichener Walzwerk, **Kreuztal.**

---

## Das D. V. P.-Nachrichtenblatt

muß in jedem Verein in mindestens einem Stück gelesen werden. Es unterrichtet über alle wichtigen politischen Vorgänge, versorgt die Vereine und Redner mit Stoff, bringt die Ankündigungen und Mitteilungen der Parteileitung und Reichsgeschäftsstelle, ist somit

**für alle Vorstände unentbehrlich.**

Es wird nur an eingeschriebene Parteimitglieder geliefert; Bestellungen an die Reichsgeschäftsstelle Berlin SW. 48, Friedrichstr. 226.
Bezugspreis vierteljährlich 5,40 M. einschl. Bestellgeld.

---

Das

## Reparationsproblem

von Dr. Otto Hugo, M. d. R.
Bestell-Nr. III.–11 Drahtwort: Schriftblem
Einzelpreis 50 Pfg., bei größeren Bezügen Ermäßigung.

**Inhalts-Übersicht.**

1. Die Last der Reparation
2. Der jährliche Deckungsbedarf
3. Die Steuerpläne der Reichsregierung
4. Die Grenzen der Steuerleistung
5. Die Erfassung der Goldwerte
6. Die Auslieferung der deutschen Wirtschaftssubstanz an das Ausland.
7. Die Erschütterung der Wirtschaftslage
8. Die Goldbilanz
9. Die Umwandlung der Papierwerte in Goldwerte
10. Die Sachleistungen an die Entente
11. Die Verbesserung unserer Zahlungsbilanz durch den Außenhandel
12. Die Einsparung an Einfuhrwerten
13. Die Steigerung der Produktion und Warenausfuhr
14. Die Befreiung des deutschen Außenhandels von der Außenhandelskontrolle
15. Die Einfuhrabwehr der Industriestaaten
16. Die handelspolitische Fesselung durch das Ultimatum
17. Schlußfolgerung

Die kleine Flugschrift ist für jeden unentbehrlich, der sich über das Reparationsproblem unterrichten und seine wirtschaftlichen, steuerlichen und politischen Auswirkungen überschauen will.

**Staatspolitischer Verlag G. m. b. H.**
**Berlin SW 48, Friedrichstraße 226**
Postscheckkonto: Berlin NW 7 Nr. 51 031
Drahtanschrift: Staatspolitisch-Berlin.
Zu beziehen durch die Geschäftsstelle **Siegen, Brüderweg 1.**

---

## Jugendliche Arbeiter

von 16–20 Jahren zum sofortigen Eintritt gesucht. †370

**Drahtseilwerk Otto Link, Siegen i. W.**
**Hüttenweg 11.**

---



**Küchenherde** wieder vorrätig.
Als passende Weihnachtsgeschenke
**Elektrische Bügeleisen**
zu M. 100.— per Stück.
**Aluminium- und Emaillewaren, Nickeltöpfe, Herdschiffe.**

**Otto Vetter Nachf.,**
**Kampenstraße 27.** †672